

23.11.2023

RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Krumböck

zu Gruppe 6 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2024,
Ltg.-223/V-1

betreffend **Nachhaltige Nutzung von leerstehenden Gebäuden des öffentlichen Verkehrs**

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und die Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität im ländlichen Raum. Für Niederösterreich als Flächenbundesland ist es eine besondere Herausforderung das notwendige Verkehrsnetz und das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln für alle Regionen zur Verfügung zu stellen. Daher ist das Land stetig bemüht gemeinsam mit seinen Partnern an einer Verbesserung der Infrastruktur zu arbeiten.

Einer der wichtigsten Partner des Landes sind dabei die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Die ÖBB ist im Besitz zahlreicher Immobilien im gesamten Land – beispielsweise von Bahnhöfen, Wartehäuschen oder Park & Ride-Anlagen. Jedes Jahr werden umfangreiche Aus- und Umbauten im Netz der ÖBB vorgenommen.

Die steigende Digitalisierung und die laufende Modernisierung der Regionalbahnen führen allerdings dazu, dass einzelne Bahngebäude nicht mehr benötigt werden. Daher werden immer wieder Bahnhöfe, Wartehäuschen oder Aufnahmegebäude aufgelassen und stehen leer. Betroffen sind beispielsweise Haltestellen entlang der Kamptal- oder der Franz-Josefs-Bahn.

Die ÖBB hat bereits im Jahr 2017 mit dem Land NÖ vereinbart, dass vor Abtrag eines Aufnahmegebäudes mit dem Land NÖ und der Standortgemeinde eine Abstimmung hinsichtlich möglicher Nachnutzungen zu führen ist.

In der Vergangenheit ist es aber nur in einzelnen Fällen gelungen, eine Nachnutzung für nicht mehr benötigte Gebäude zu finden. Oftmals gab es zwar genügend Ideen, aber die hohen Kosten, die Wirtschaftlichkeit und in einzelnen Fällen der Denkmalschutz machten eine Umsetzung schwierig.

Gerade mit Blick auf die Verbauung und den Nachhaltigkeitsgedanken sollten diese leerstehenden Gebäude aber möglichst effizient einem langfristigen Nutzen zugeführt werden.

Daher soll die zuständige Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie aufgefordert werden, sich ein Konzept für die nachhaltige Nutzung von leerstehenden Gebäuden des öffentlichen Verkehrs zu überlegen. Die Einbindung der Gemeinden und der ÖBB ist dabei besonders wichtig.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung, insbesondere an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie heranzutreten und diese aufzufordern, gemeinsam mit der ÖBB und den Gemeinden ein Konzept für die nachhaltige Nutzung von leerstehenden Gebäuden des öffentlichen Verkehrs zu entwickeln.“